ANTWORTEN Dienstag, 17. Januar 2017

Unsere aktuelle Themenbörse

Abonnieren Sie den **Antworten-Newsletter!**

Stellen Sie Ihre Frage Wir recherchieren für Sie

Sie wollen schon heute wissen, was morgen Thema in unserer Zeitung wird? Abonnieren Sie unseren kostenlosen Antworten-Newsletter. Per E-Mail erfahren Sie, welche Themen auf den Antworten-Seiten stehen sollen. Dazu können Sie uns dann Ihre Fragen schicken. Melden Sie sich einfach unter http://bit.ly/lxTDRod

So will Trump die Welt verändern "Strafzölle beleben

Der neue US-Präsident sieht die EU als Auslaufmodell und will die Nato umbiegen.

Von Dirk Hautkapp, Miguel Sanches, Alexander Kohnen, Knut Pries und Michael Backfisch

Washington. Wer dachte, der zukünftige US-Präsident Donald Trump sei diplomatischer als der Kandidat Trump im Wahlkampf, sieht sich getäuscht. Wenige Tage vor der Amtseinführung gab sich Trump im Interview mit "Bild" und der Londoner "Times" offen bis hin zur Brüskierung. Er übte ebenso scharfe Kritik an Kanzlerin Angela Merkel wie an der EU und der Nato.

Wird das deutsch-amerikanische Verhältnis unter Trump schlechter?

Wenn man den engen Draht zwischen Barack Obama und Angela Merkel zugrunde legt, ja. Im Interview äußerte sich Trump widersprüchlich. Einerseits bezeichnete er Merkel als "großarti-Anführerin". Andererseits nannte er ihre Flüchtlingspolitik einen "katastrophalen Fehler". Die Kanzlerin bemühte sich gestern, Dampf aus der Sache zu nehmen. Der Kampf gegen den Terrorismus sei eine große Herausforderung für alle. Sie würde das aber "von der Frage der Flüchtlinge noch einmal deutlich trennen". Merkel forderte die EU auf, sich nicht beirren zu lassen: "Ich denke, wir Europäer haben unser Schicksal selbst in der Hand."

Ist die EU für den neuen US-Präsidenten noch ein Partner?

Jahrzehntelang war das enge Verhältnis zwischen den USA und der EU das Kernstück der transatlantischen Beziehungen. Das Bekenntnis zu demokratischen Institutionen und rechtsstaatlichen Grundsätzen machte die westliche Wertegemeinschaft aus. Unter Trump stimmt das alles nicht mehr. "Alle Politik wird einem Kosten-Nutzen-Kalkül richtet", sagte der SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich unserer Zwar unterstrich der neue Chef des Weißen Hauses: "Ich fühle mich Europa sehr verbunden." Doch dies ist nur eine Formel. Der Immobilien-Unternehmer sieht in der EU ein auslau-Geschäftsmodell, das fendes Amerika schade. Die Gemeinschaft sei zum Teil gegründet worden, um die USA "im Handel zu schlagen". Dass die EU aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges heraus errichtet wurde, passt nicht in den Business-Horizont Trumps. "Im Grunde genommen ist die Europäische Union ein Mittel zum Zweck für Deutschland. Deswegen fand ich, dass es klug von Großbritannien war auszutreten." Weitere Staaten würden die EU verlassen, prognostizierte Trump, fast im Stile eines AfD-Politikers.

"Ich glaube, die Vorstellung, dass der Brexit ansteckend sein wird, ist reine Fantasie, eine schlechte Fantasie", konterte der EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz räumte zwar ein, dass Trumps Wortwahl "Irritationen" hervorrufe. "Aber viele seiner Ankündigungen sind in sich nicht schlüssig, widersprechen



Donald John Trump, der designierte 45. Präsident der Vereinigten Staaten, lässt sich im Trump-Tower in New York von Journalisten interviewen.

den Aussagen aus seinem Team, und sie werden sich auch nicht umsetzen lassen." In Deutschland war man bemüht, Hektik zu vermeiden. "Da muss man schon eine selbstbewusste eigene Haltung haben, nicht nur wir Deutschen, sondern insgesamt wir Europäer", erklärte Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Rött-(CDU), verwies auf europaund Nato-freundliche Äußerungen von Trumps künftigem Außen- und Verteidigungsminister. "Donald Trump ist nicht Amerika", sagte Röttgen. Und schickte die Mahnung nach: "Wir müssen für den Westen kämpfen."

Hat sich die Nato unter Trump als

Verteidigungsbündnis überlebt? Auch hier – wie in vielen Punkten behauptet Trump etwas und gleichzeitig das Gegenteil. Einerseits rügt er die Nato als "obsolet", also veraltet. Er macht das an zwei Punkten fest: Das Bündnis engagiere sich nicht genügend im Kampf gegen den Terror. Zudem zahlten nur fünf der 28 Nato-Mitglieder die vereinbarten zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts in das Verteidigungsbudget. Dennoch stellt Trump der Militär-Allianz nicht den Totenschein aus: "Abgesehen davon ist mir die Nato aber sehr wichtig." Gut möglich, dass der neue US-Präsident nur eine Drohkulisse aufbaut, um die Nato in seinem Sinne umzubiegen.

In der Nato-Zentrale gab man gelassen. Generalsekretär Jens Stoltenberg sei "absolut zuversichtlich", dass auch die neue US-Regierung zum Bündnis stehen werde, so seine Sprecherin. Linke-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht verlangt hingegen eine eigenständige europäische Politik: "Die Nato muss aufgelöst werden und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzt werden."

Wie gefährlich sind Strafzölle für die

Auto-Industrie? Trump droht dem Hersteller BMW, der in Mexiko 2019 ein Werk in Betrieb nehmen will, mit einer Strafsteuer von 35 Prozent pro Auto, das in die USA exportiert wird. Mit der Attacke führt Trump fort, was er seit Wochen via Twitter mit US-Autobauern wie Ford und GM bereits gemacht hat. Botschaft: Baut in der Heimat - oder ihr werdet blechen. Abwarten. Bei 3,5 Millionen Autos, die 2016 in Mexiko wegen der dort unschlagbar geringen Lohnkosten produziert wurden, würden viele Automarken leiden. Und die Preise für den Käufer in den USA würden enorm steigen. Außerdem: Strafzöllen muss der US-Kongress zustimmen. Führende Republikaner wie Paul Ryan haben bereits abgewunken. Sie wissen: Die meisten Komponenten werden in den USA produziert und in Mexiko endmontiert. Die eng verwobene Wertschöpfungskette ist durch langjährige Lieferverträge gesichert. Auch darum sagt Matthias Wissmann, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie in Deutschland: "Mit dem Aufbau von Zöllen oder anderen Handelsbarrieren würden sich die

USA langfristig ins eigene Fleisch schneiden."

Will Trump ein völlig neues Verhältnis zu Russland?

Widersprüchliche Akzente auch hier. Trump bezeichnet Moskaus Einschreiten in den syrischen Bürgerkrieg als eine "ganz schlechte Sache", die zu einer "furchtbaren humanitären Situation" geführt habe. Aber: Wenn Russland bereit sein Nuklearwaffen-Arsenal (rund 1800 Sprengköpfe) abzubauen, ist er bereit, die Sanktionen aufzuheben. Russland-Experten sehen die Verknüpfung skeptisch. Zumal Trump erst vor kurzem einen massiven Ausbau des US-Atomwaffen-Arsenals angekündigt hat.

Wird die Trump-Regierung das Atom-

abkommen mit dem Iran kippen? Trump ist strikt gegen den Atom-Deal. Wer Teheran Milliardensummen freigebe "ohne Gegenleistung", habe "absolut miserabel verhandelt". Dass Boeing einen Milliardenauftrag vom Iran bekommen hat, blendete er aus. Wie Trump das von den Vetomächten im UN-Sicherheitsrat (USA, Russland, China, England und Frankreich) plus Deutschland abgesegnete Atomabkommen verändern will, sagte er nicht.

en Sie mit!

Glauben Sie, dass Trump seine Ankündigungen ernsthaft in die Tat umsetzt?

braunschweiger-zeitung.de

Märkte nur kurzfristig"

Experten warnen vor einer rigiden Handelspolitik, die Trump angekündigt hat.

Unser Leser Manfred Fehly aus Salzgitter fragt:

Wie bereiten sich die Politik und die deutsche Wirtschaft auf die Aussagen von Trump vor?

Die Antwort recherchierte **Katharina Lohse**

Braunschweig. Nicht wenige haben den designierten US-Präsidenten Donald Trump schon als unberechenbar bezeichnet. Wie bereitet man sich auf einen solchen Mann vor? Auf die Frage unseres Lesers Florian Bernschneider, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Region Braunschweig: "Wir müssen uns auf nicht ganz einfache Verhandlungen mit dem neuen US-Präsidenten vorbereiten." In diesen Verhandlungen sollte nicht jeder Konzern und jeder EU-Mitgliedsstaat für sich alleine sprechen. Es gelte, geschlossen aufzutreten, um selbstbewusst und auf Augenhöhe zu verhandeln.

Und an Verhandlungen käme Trump bei seinen Plänen nicht vorbei. Strafzölle auf Importe aus Mexiko einzuführen, ist durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) zwischen den USA, Mexiko und Kanada gar nicht möglich. Trump müsste es aufkündigen. Und auch mit den Regeln, die von allen 164 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) als rechtlich verbindlich anerkannt werden, kollidierten Trumps Pläne, sagt Winfried Huck, Wirtschaftsjurist an der Ostfalia-Hochschule.

In dem von der WTO verabschiedeten Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) seien in insgesamt acht Verhandlungsrunden schrittweise die Zölle gesenkt worden, im Durchschnitt von 40 Prozent auf etwa drei Prozent. Laut IHK Lüneburg-Wolfsburg stünden den durchschnittlich 5,3 Prozent hohen Importzöllen, die von der EU auf Waren aus den USA erhoben werden, derzeit durchschnittlich 3,5 Prozent Zollkosten in den USA gegenüber. Huck: "Ein bislang unbekannter Einfuhrzoll auf in Mexiko produzierte Fahrzeuge deutscher und gegebenenfalls europäischer Hersteller stellt sich in handelsrechtlicher Sicht als eine innerstaatliche Diskriminierung der USA gegenüber deutschen beziehungsweise auch europäischen Herstellern dar." Sollte es dazu kommen, könnte die EU laut Huck ein sogenanntes Streitbelegungsverfahren vor der WTO anstrengen. Das hatte laut Huck schon einmal Erfolg. Japan hatte in dem Fall das heimische alkoholische Getränk Sochu niedriger besteuert als vergleichbare ausländische Produkte.

Unstreitig ist laut Lars Heidemann, Berater für Außenwirt-

schaft der IHK Lüneburg-Wolfsburg, dass Importbeschränkungen auch für deutsche Unternehmen problematisch werden können. Niedersächsische Firmen beispielsweise exportierten 2015 laut Statistischem Landesamt Niedersachsen Waren im Wert von sechs Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten. Die USA seien der wichtigste Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft und für Niedersachsen nach den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich das viertwichtigste Zielland für Ausfuhren.

Heidemann zweifelt, ob die USA tatsächlich Importbeschränkungen umsetzen würden. "Schließlich beziehen die USA in großem Umfang Maschinen und Industriekomponenten Deutschland." Diese mit Produkten aus eigener Herstellung zu ersetzen, würde nach Einschätzung des Branchenverbands VDMA zumindest kurzfristig schwerfallen. "Dazu gibt es in den USA für viele Branchen keinen nennenswerten Maschinenbau mehr, was neben der nicht mehr vorhandenen Technologie auch an der mangelnden Verfügbarkeit qualifizierten Personals liegt."

Auch Huck gibt zu bedenken: "Für beide Wirtschaftsmächte, die EU und die USA, ist der jeweils andere der bedeutendste Handelspartner für den Handel mit Waren, Dienstleistungen sowie für Investitionen. Es gibt weltweit keine umfangreichere bilaterale Handelsbeziehung." Differenzen habe es in der Vergangenheit gegeben und es werde sie auch in Zukunft geben - nicht nur bei Stahl, hormonbehandeltem Rindfleisch, Strafzahlungen für europäische Unternehmen, Steuerforderungen und Kartellstrafen für US-amerikanische Unternehmen. Vielfach könnten diese Differenzen beigelegt werden. "Politische und ökonomische Vernunft einmal unterstellt, kann keiner der Handelspartner ein substanzielles Interesse an einem Handelskrieg haben."

Ferdinand Dudenhöffer, der das Car-Center an der Universität Duisburg-Essen leitet, sagt, dass die angedrohten Strafzölle auf importierte Autos aus Mexiko den US-Automarkt nur kurzfristig beleben könnten. "Kurzfristig können Schutzzölle und Abschottungen Sonderkonjunkturen auslö-Die Früchte internationalen Warenaustauschs aber erntet man nur bei langem Atem.

Aber vielleicht wird Trump gar nicht ernst machen und setzt nur darauf, dass schon seine Androhungen die gewünschten Effekte erzielen. Im Interview mit der "Bild"-Zeitung sagte er zwar, dass es für Unternehmen, die ihre Produktion aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko verlegen, sehr hohe Grenzzölle geben werde. Er fügte aber an: "Aber es wird zu gar keiner Besteuerung kommen, denn sie werden erst gar nicht wegziehen."